

Grosser Rat

Geschäftsprüfungs- und Finanzkommission
Subkommission DBU



Grossratsgeschäftsnummer: 12 / BS 26 / 245
Rechtsbuch-Nummer: -
Departement: DBU

Bericht der GFK-Subkommission DBU zur Geschäftsprüfung 2013

Zusammensetzung der GFK-Subkommission DBU

Präsident: Hug Patrick, Arbon
Mitglieder: Grau-Lanz Heidi, Zihlschlacht
Wohlfender-Oertig Edith, Kreuzlingen
Zimmermann David, Braunau

Geschäftsbericht 2013 des Regierungsrates / Staatsrechnung 2013

Allgemeines zum Departement

Die Subkommission DBU erhielt bei der Besprechung des Geschäftsberichts und der Jahresrechnung 2013 am 12. Mai 2014 mit Regierungsrat Dr. Jakob Stark wiederum einen positiven Eindruck von der geleisteten Arbeit und der Qualität im Departement. Es war dies die letzte Sitzung der Subkommission mit dem Departementschef DBU, da dieser per 1. Juni 2014 ins Departement für Finanzen und Soziales (DFS) wechselte. An der ersten GFK-Sitzung mit der neuen Departementschefin DBU, Carmen Haag, am 12. Juni wünschte die Subkommission der frischgebackenen Regierungsrätin viel Erfolg und persönliche Befriedigung in ihrer vielseitigen und verantwortungsvollen Tätigkeit.

Mit der neuen Leitung im Amt für Denkmalpflege, Ruedi Elser, stellt Carmen Haag „einen Kulturwechsel in der Führung“ fest. Entsprechend habe sie bereits mehrere spontane positive Rückmeldungen von Gemeinden erhalten, die Zusammenarbeit mit ihm sei angenehm und er gehe bei der Lösungsfindung sehr pragmatisch vor. Im Amt für Umwelt ist Dr. Beat Baumgartner, ehemaliger Leiter der Abteilung Abfall und Boden, neu Amtschef.

Das Ergebnis der Erfolgsrechnung 2013 im DBU liegt rund 800'000 Franken oder 2,4 Prozent unter den Budgetannahmen (nach Bonusverrechnung 328'348 Franken) und ist im Wesentlichen auf einen geringeren Personalaufwand (625'000 Franken oder 2,3 Prozent unter Budget) zurückzuführen.

Ämterbesuche 2014

Die Subkommission DBU hat folgende Ämter besucht:

- Amt für Raumentwicklung
- Hochbauamt
- Tiefbauamt
- Amt für Umwelt

Die Subkommission dankt der Amtsleiterin und den Amtsleitern der vier besuchten Ämter für die sehr detaillierten und aufschlussreichen Informationen. Generell erhielt die Subkommission den Eindruck, dass die Überzeitregelung in den Ämtern unterschiedlich gehandhabt wird und dass Mehrstunden aufgrund der Personalsituation und der geringen Chance, diese wieder kompensieren zu können, gar nicht erst aufgeschrieben werden.

Bemerkungen zu den einzelnen Ämtern

6010-6015 Generalsekretariat

Der nächste wichtige Meilenstein bei der Expo2027 Bodensee-Ostschweiz wird der Abschluss des Konzeptwettbewerbs Ende 2015 sein. Gegen Ende 2017 soll dann der Machbarkeitsbericht zum ausgewählten Konzept vorliegen. Voraussichtlich Ende 2018 soll der formelle Bundesbeschluss zur Durchführung der Expo2027 gefasst werden.

Bezüglich Flughafendossier hat der Thurgau den Bund in all seinen Schreiben und Statements zur Problematik der Lärmbelastung an die ausdrückliche Zusicherung der zuständigen Bundesrätin erinnert, eine allfällige Mehrbelastung würde angemessen kompensiert. Grundsätzlich sei es Sache des Bundes, solche Kompensierungsvorschläge auszuarbeiten, der Thurgau bereite sich laut Aussage von Jakob Stark intensiv auf die kommenden Diskussionen vor. Er geht aber davon aus, dass eine Mehrbelastung beim Thurgau bleiben werde, da vollständige Kompensationen technisch kaum machbar seien und immer auch Sicherheitsaspekte im Vordergrund stünden.

6110-6120 Amt für Raumentwicklung

Die Zahl der im Berichtsjahr abgeschlossenen Planungsgeschäfte liegt mit 385 Genehmigungen und Vorprüfungen deutlich über dem Durchschnitt der letzten Jahre. Auf Grund der angeordneten Überzeit bestehen bei der Bearbeitung der Baugesuche keine grösseren Pendenzen als bisher. Laut Aussage des Amts für Raumentwicklung seien in der Abteilung Zentrale Dienste 2013 erhebliche Abstriche bei der Finanzkontrolle sowie der Archivierung und Verwaltung der Baugesuchs- und Planungsgrundlagen gemacht worden, was auf lange Frist so nicht haltbar sei. Es erscheine sinnvoll, die Archivierung auch in Zukunft selber vorzunehmen und nicht an eine externe Firma zu vergeben, da es sich um hoheitliche Pläne handle und im Amt für Raumentwicklung sehr viel Know-how im Umgang mit Baugesuchen und Planungsinstrumenten sowie den dazugehörigen komplexen Entscheiden aufgebaut worden sei.

6210-6224 Hochbauamt

Das Hochbauamt ist bemüht, im Sinne der Nachhaltigkeit zu sparen. Es hat viele Bedürfnisse von Nutzern teilweise ersatzlos gestrichen oder auf spätere Jahre verschoben. Das Amt hat in den letzten zehn Jahren das Budget der Erfolgsrechnung nur ein-

mal leicht überzogen und insgesamt bei einer Budgetsumme von 109 Mio. Franken total 6.5 Mio. Franken (6 Prozent) eingespart.

Nach dem Rückzug des Objektkredits Kunstmuseum Kartause Ittingen im Dezember 2012 aus dem Budget 2013 wurden die Planungsarbeiten eingestellt. Die Baueingabe, inklusive Schnittstellen zur geplanten Erweiterung hin, ist weitgehend fertig gestellt. Die bisherigen Kosten (Bestandesaufnahmen, Planerhonorare, Nebenkosten) belaufen sich auf 195'840 Franken.

6310-6377 Tiefbauamt

Das Generelle Projekt 1. Etappe BTS ist in Bearbeitung. Die Fertigstellung ist auf Ende 2014 geplant. Die Planerausschreibung für das Vorprojekt der OLS wird ab Mitte 2014 vorbereitet. Seit 2005 sind für sämtliche Arbeiten (T14, Südumfahrung Kreuzlingen, BTS, OLS, Spange Bättershausen) insgesamt 4 Mio. Franken Honorarkosten verbucht, Eigenleistungen 700'000 Franken (100.-/Stunde). Das Tiefbauamt geht ferner nach wie vor davon aus, dass die H4/H474 vom Bund übernommen wird. Fest stehe, dass mit einem Baubeschluss BTS auch die Finanzierungslösung für die OLS vorliegen müsse.

Das DBU und der VTG gingen ursprünglich vom Grundsatz aus, dass keine gegenseitigen Verrechnungen von Gebühren des Kantons an Gemeinden für Strassenwasser, das in die Gemeindekanalisation geleitet wird und von Gebühren der Gemeinden an den Kanton für die Werkleitungen in den Staatsstrassen erfolgen sollen. Heute stellen aber 14 Gemeinden solche Gebühren im Umfang von 300'000 Franken in Rechnung. Departement und Tiefbauamt werden die Angelegenheit nun einer neuen Beurteilung unterziehen und mit dem VTG besprechen. Dabei wird die Erhebung von Gebühren für Werkleitungen der Gemeinden bzw. der Gemeindewerke in Kantonsstrassen zu prüfen sein, vordringlich in jenen Gemeinden, welche Gebühren für das übernommene Strassenwasser verlangen.

6410 Amt für Denkmalpflege

Das Amt erhält sämtliche Baugesuche, welche gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz erhaltenswerte Objekte betreffen. Diese Zahl nimmt stetig zu. Die Zunahme betrug 2009 rund 5 Prozent, 2010 11 Prozent, 2011 15 Prozent, 2012 13 Prozent. Im Berichtsjahr 2013 stabilisierte sich die Zahl auf dem Niveau von 2011. Dies belegt, dass der Veränderungsdruck auf die historische Bausubstanz im Thurgau hoch bleibt.

Der Indikator „Inventarrevision: Anzahl Bauten“ wurde mit einem Total von 169, bei einer Vorgabe von 1500, klar nicht erfüllt. Nachdem die Zahl der effektiv revidierten Gebäude in den letzten Jahren stark zurückgegangen ist, wurden für das Budget 2014 die Vorgabewerte nun nach unten korrigiert (500). Der Rückgang wird unter anderem damit begründet, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Inventarisierung vermehrt Aufgaben im Bereich Einstufungsüberprüfungen und Schutzplanbegleitung für die Gemeinden übernehmen.

6510-6530 Amt für Umwelt

Im Berichtsjahr wurden 78 Standorte definitiv in den Kataster der belasteten Standorte (KbS) eingetragen und 275 Standorte aus der Bearbeitung entlassen. Damit umfasst der Kataster nun insgesamt 1'726 belastete Standorte.

Bei der Abfallbewirtschaftung fehlen Ablagerungskapazitäten insbesondere im östlichen Kantonsteil. Der Meinungsaustausch mit der Aushubbranche und die Koordination mit den Nachbarkantonen wurden intensiviert.

Die Mitarbeit bei Umweltverträglichkeitsprüfungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 11 auf 22 verdoppelt.

6610-6620 Forstamt

Als Vorbereitung zur Revision der regionalen Waldpläne (RWP) hat sich das Amt intensiv mit der zweiten Generation der RWP beschäftigt. Dabei kam man zum Schluss, dass die Anzahl von heute neun Plänen auf drei Pläne (ein Plan pro Forstkreis) reduziert werden soll.

Im Berichtsjahr wurde eine offene Forstwartstelle noch nicht wieder besetzt.

Arbon, 22. Juni 2014

Der Subkommissionspräsident
Patrick Hug, Arbon